

II-588 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

28.4.1967

246/A.B.
zu 209/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Bundeskanzlers Dr. K l a u s

auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Hertha F i r n b e r g und Genossen,
betreffend Errichtung eines Protonenbeschleunigers in Österreich.

--- --

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Hertha Firnberg, Haas, Steinmaßl und Genossen haben am 8. März 1967 unter Nr. 209/J an mich eine Anfrage, betreffend Errichtung eines Protonenbeschleunigers in Österreich, gerichtet.

Ich beehre mich, diese Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt zu beantworten:

Österreich ist am 29. Oktober 1959 der "Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN)" beigetreten (BGBl. Nr. 41/1960). Neben Österreich sind folgende Staaten Mitglieder dieser Organisation: Belgien, BRD, Spanien, Frankreich, Griechenland, Italien, Norwegen, Niederlande, Dänemark, Großbritannien, Schweden und Schweiz. Im Rahmen des Zusatzprogrammes des CERN wurde 1964 beschlossen, Studien für das Projekt eines 300 GeV-Protonen-Synchrotrons aufzunehmen. Am 8. April 1965 fand die interministerielle Besprechung auf Einladung des Bundesministeriums für Unterricht über die Ausarbeitung der Beantwortung des Fragebogens des CERN's für eine Bewerbung um dieses Laboratorium statt. Am 27. 4. 1965 hat der Ministerrat seine Zustimmung erteilt, der Europäischen Organisation für Kernforschung ein Angebot für die geplante Errichtung dieses Synchrotrons in Österreich zu überreichen. Auf Grund dieser Ermächtigung wurde das österreichische Angebot, den projektierten 300 GeV-Beschleuniger im Raum Göpfritz (Niederösterreich) zu errichten, fristgerecht am 29.4.1965 überreicht. Das Bundesministerium für Unterricht als das für CERN als internationales Laboratorium der Grundlagenforschung zuständige Ressort hatte mit der internationalen Organisation und den Fachleuten ständigen Kontakt. Auf Grund mehrerer Besprechungen mit Fachleuten des CERN und im Anschluß an Besuche der CERN-Fachleute in Österreich wurden die dem CERN übergebenen österreichischen Unterlagen ständig überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht. Diese ergänzenden Unterlagen wurden dem CERN auf Grund des Beschlusses des Ministerrates vom 29. März 1966 offiziell übermittelt. Im Juni 1966 wurde vom CERN eine vergleichende Studie über alle angebotenen Aufstellungsplätze erstellt, wobei seitens der österreichischen Ratsdelegierten auf verschiedene Mängel hingewiesen wurde.

- 2 -

246/A.B.
zu 209/J

Auf Grund dieser Einwendungen wurde beschlossen, eine neue Studie bis Juni 1967 im CERN fertigzustellen. Diese Studie wird die neuen Untersuchungsergebnisse aller Staaten berücksichtigen. Neben Österreich haben sich folgende Staaten um die Errichtung des 300GeV-Beschleunigers beworben: Belgien, Spanien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien und Schweden mit je einem Gebiet, Italien mit 2 Gebieten und die Bundesrepublik Deutschland mit 3 Gebieten.

In der Zeit vom 20. bis 22.6.1966 besuchten wissenschaftliche Experten des CERN Österreich. Während dieses Besuches wurden die österreichische Bewerbung und die Unterlagen zur österreichischen Bewerbung eingehend besprochen. Seitens dieser Experten wurden vom CERN Ergänzungswünsche und Anregungen für die Ergänzung des österreichischen Angebots vorgebracht. In zahlreichen interministeriellen Besprechungen sowie Besprechungen mit Wissenschaftlern und Zentralstellen, welche an dem Projekt besonders interessiert sind, wurden die verschiedenen Probleme der österreichischen Bewerbung diskutiert und so die nötigen Unterlagen erarbeitet. So wurden die Grundzüge der technischen Durchführung der Elektrizitätsversorgung mit Vertretern der NEWAG und der Verbundgesellschaft diskutiert, weiters das Problem der Wasserversorgung und der Kühlwasserzuleitung besprochen. Seitens der Geologischen Bundesanstalt wurden alle geologischen und geotechnischen Untersuchungen durchgeführt. Acht Bohrungen auf dem angebotenen Gebiet wurden in Auftrag gegeben, die Bohrkerne wurden durch Hochschulinstitute untersucht und das Ergebnis dem CERN zur Verfügung gestellt. Vier dieser Bohrungen waren im südlichen Teil des angebotenen Gebietes notwendig geworden, da sich herausgestellt hat, daß in diesem Teil geologisch ungünstigere Voraussetzungen vorhanden waren. Auf Grund der Ergebnisse dieser Bohrung war eine Verschiebung des projektierten Ringes notwendig geworden. Seit März 1967 werden vier neuerliche Bohrungen im südlichen Gebiet durchgeführt, um die geologische Beschaffenheit des Bodens auf dem nunmehr verschobenen Ring zu untersuchen. Bis Mai 1967 werden weiter geotechnische Detailuntersuchungen in den Bohrungen durchgeführt werden. Neben diesen Untersuchungen, sind notwendig: oberflächen- und bohrlochphysikalische Untersuchungen, die Anfertigung einer geologischen Detailkarte durch die Geologische Bundesanstalt und die Ausarbeitung eines zivilingenieurmäßigen Vorprojektes für die tunnelbautechnische Ausführung. Weiters wurden vom Bundesministerium für Unterricht und von den wissenschaftlichen Instituten folgende weitere Ergän-

- 3 -

246/A.B.
zu 209/J

zungen zu sz. österreichischen Bewerbung ausgearbeitet und dem CERN übermittelt: eine Klimatabelle, ein Projekt der Kühlwasserversorgung, das in mehreren Alternativen von der NEWAG ausgearbeitet wurde, ferner der geologische Bericht der Geologischen Bundesanstalt, der den gegenwärtigen Stand der geologischen Kenntnisse über das Gebiet zum Ausdruck bringt, und schließlich eine Liste von Änderungen des CERN-Berichtes selbst, in dem vom CERN die verschiedenen Standorte mit ihren Vor- und Nachteilen einander gegenübergestellt worden waren. Das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen stellt dem Bundesministerium für Unterricht eine Berechnung des zu erwartenden kommerziellen Strompreises in der Höhe von 23,5 g pro Stunde zur Verfügung. CERN legte einen ausführlichen Fragebogen vor, der Fragen allgemeiner Natur über das angebotene Gebiet und über die Lebensverhältnisse Österreichs enthält. Die Antworten wurden in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Zentralstellen und der Niederösterreichischen Landesregierung weiter ausgearbeitet. Diese Ergänzung der österreichischen Bewerbung wurde im Zusammenwirken mit Experten formuliert, vom DolmetschInstitut der Universität in Wien ins Englische übersetzt und über das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten der österreichischen Vertretung vom Europäischen Büro der Vereinten Nationen in Genf zur Übergabe an CERN übermittelt. Im Februar 1967 hat eine Expertengruppe des CERN neuerlich Österreich besucht und hier mit österreichischen technischen Experten die endgültige Festlegung des Ringtunnels ausgearbeitet. Am 18. Mai 1967 beginnt eine Beratung der geologischen Experten in Genf. Im Juni 1967 wird der CERN-Rat sich mit allen neun Bewerbungen befassen und voraussichtlich die Vor- und Nachteile der einzelnen Bewerbungen diskutieren. Bis in die zweite Augushälfte 1967 müssen alle noch ausstehenden Detailuntersuchungen und deren Ergebnisse dem CERN übermittelt werden. Es war vorgesehen, daß im September 1967 in Genf der CERN-Rat zu einer außerordentlichen Tagung zusammentreten soll. Bei dieser Tagung sollten die drei besten Gebiete ausgewählt werden, und in der CERN-Ratstagung im Dezember 1967 erwartete man sich die endgültige Entscheidung, wo der 300 GeV-Beschleuniger errichtet werden soll. Beim Besuch des Herrn Bundesministers für Unterricht im CERN am 7. April 1967 wurde seitens der CERN-Funktionäre angedeutet, daß das Programm insofern eine Änderung erfahren könnte, als zuerst darüber entschieden werden soll, ob das 300-GeV-Projekt verwirklicht wird und erst anschließend die Entscheidung fallen soll, wo das Laboratorium gebaut wird. Dies würde bedeuten, daß erst für Ende dieses Jahres

- 4 -

246/A.B.
zu 209/J

oder Anfang nächsten Jahres eine Entscheidung zu erwarten ist. Am 7.2.1967 und am 15. März 1967 fanden interministerielle Besprechungen über die 300-GeV-Bewerbung statt, bei der die Teilnehmer über das Problem der österreichischen Bewerbung unterrichtet wurden. Seitens des Bundesministeriums für Unterricht wurde mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft der Kontakt aufgenommen, um die österreichische Wirtschaft stärker an CERN zu binden und um der österreichischen Wirtschaft zu ermöglichen, die Ausschreibungen des CERN für verschiedene Arbeiten rascher zu bekommen. Seitens der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft wurde der Handelsdelegierte in Zürich angewiesen, sich regelmäßig mit dem CERN in Verbindung zu setzen. Mit Note vom 31. 3. 1967 wurde das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten gebeten, die österreichischen Vertretungsbehörden in den CERN-Mitgliedstaaten von der österreichischen Bewerbung bei CERN für das 300-GeV-Protonensynchrotron zu informieren. Weiters wurde ersucht, die österreichischen Vertretungsbehörden in den Niederlanden, in Dänemark, Griechenland, Norwegen und in Schweden anzuweisen, in offiziellen Gesprächen mit den auswärtigen Ämtern zu betonen, daß Österreich für eine Unterstützung seiner Bewerbung dankbar wäre. Bei den übrigen CERN-Mitgliedstaaten, die ebenfalls als Bewerber auftreten, sollten die Vertretungsbehörden sondieren, wie ernst die eigene Bewerbung um das 300 GeV-Projekt bei CERN betrieben wird und welches Land im Falle des eigenen Rücktrittes unterstützt werden wird.

Seitens des Bundesministeriums für Unterricht und des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten wird in regelmäßigen Kontaktgesprächen die österreichische Bewerbung erörtert, und auf Grund der Gespräche werden die nötigen Maßnahmen getroffen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß seitens des Bundesministeriums für Unterricht alle technischen und geologischen Arbeiten laufend und termingerecht durchgeführt wurden und dem CERN die Ergebnisse der Untersuchungen übermittelt werden. Seitens des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten werden nunmehr die Sondierungen über die österr.-dipl. Vertretungsbehörden durchgeführt werden.